

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

GAP-Reform 2014 aktiv begleiten - Wettbewerbsfähigkeit einer umweltgerechten Landwirtschaft sichern

Der Landtag möge beschließen:

Die von der EU-Kommission am 12. Oktober 2011 vorgestellten Legislativvorschläge zur Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2014 (GAP) bieten zugleich Perspektiven, aber auch große Herausforderungen für die Gestaltung der nachhaltigen Entwicklung der Land- und Agrarwirtschaft des Landes. Die Chancen für eine wettbewerbsfähige, ökologischer und sozial gerechtere Ausgestaltung der GAP müssen durch den Landtag und die Landesregierung weiterhin aktiv genutzt werden.

1. Die Landesregierung wird beauftragt, dem Landtag einen Bericht zu den absehbaren Auswirkungen der Legislativvorschläge der EU-Kommission zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 auf die Agrarstruktur des Landes und die Entwicklung der ländlichen Räume in Mecklenburg-Vorpommern mit Schlussfolgerungen bis Ende Februar 2012 zu geben.

2. Die Landesregierung wird beauftragt, sich weiterhin aktiv in die Verhandlungen zur Ausgestaltung der GAP der EU nach 2013 einzubringen und in der noch notwendigen zielgerichteten und praxisgerechten Präzisierung der Legislativvorschläge nachfolgende Schwerpunkte in den Vordergrund zu stellen:

- Der finanzielle Rahmen des EU Agrarhaushalts muss auch nach 2013 den Ansprüchen zur Gestaltung einer gemeinsamen Agrarpolitik mit nachhaltiger Zielstellung in allen Mitgliedstaaten entsprechen;
- In der Verknüpfung der Direktzahlungen mit konkreten Umweltleistungen muss die Nachhaltigkeit der Greening-Maßnahmen, insbesondere die Nutzung der ökologischen Vorrangflächen, so ausgestaltet werden, dass weitgehende landwirtschaftliche Bewirtschaftung mit hohem ökologischen Wert, wie z. B. der Eiweißpflanzenanbau, angereizt werden;
- Eine Kappung und Degression einzelbetrieblicher Direktzahlungen ist abzulehnen, da dieses eine Form der Ungleichbehandlung gleicher Leistungen darstellt, jedoch sollte eine Berücksichtigung des strukturbedingten Arbeitsaufwandes der Betriebe erreicht werden;
- Die Auswirkungen der Legislativvorschläge, insbesondere die Änderungen der Direktzahlungen auf die kleinen Betriebe zu ermitteln und gegebenenfalls Maßnahmen zur Verhinderung unverhältnismäßiger Kürzungen in diesen Segmenten zu entwickeln;
- Den ursprünglichen Zielen der GAP-Reform zur Verwaltungsvereinfachung und dem Bürokratieabbau ist wieder Geltung zu verschaffen;
- Die sachgerechte Abgrenzung der benachteiligten Gebiete auf Basis des bewährten Indexsystems (LVZ oder EMZ);
- Die Ansätze des Landes eines sektorenübergreifenden Einsatzes der EU-Fonds weiter auszubauen, um in der Förderperiode nach 2013 auf den Einsatz der EU-Fonds in einem gemeinsamen strategischen Rahmen vorbereitet zu sein;
- Die Gewährleistung von angemessenen Übergangs- und Planungsphasen für die Vorbereitung der neuen Förderperiode 2014 bis 2020, die Förderfähigkeit der Mehrwertsteuer für den ELER anzustreben sowie praxis- und entwicklungsgerechte Kofinanzierungssätze.

Helmut Holter und Fraktion

Begründung:

Mit der Weiterentwicklung der Europäischen Agrarpolitik werden Weichen gestellt für die Existenz von Millionen landwirtschaftlicher Betriebe und Arbeitnehmern, den Schutz und die Erhaltung der natürlichen Ressourcen sowie lebenswerter und vitaler ländlicher Räume in Europa.

Eine nachhaltige, ausgewogene Orientierung der Reform der GAP soll erreichen, dass die Landwirtschaft die Versorgung mit gesunden und umweltgerecht erzeugten Lebensmitteln sicherstellen und sich nachhaltig an der Energiewende beteiligen kann. Die Landwirtschaft darf dabei nicht nur billiger Rohstofflieferant sein.

Die natürlichen Ressourcen, die Produktionsgrundlagen und eine gerecht entlohnte Arbeit sind auch für künftige Generationen zu bewahren. Die Landwirtschaft muss weiterhin in der Lage sein, einen Beitrag zur Erhaltung und Entwicklung attraktiver und vitaler ländlicher Räume mit einer vielfältigen Struktur zu leisten.

Das Agrarland Mecklenburg-Vorpommern ist dabei besonders gefordert, die Interessen einer nachhaltig wirtschaftlichen Landwirtschaft zu formulieren und zu vertreten.